



CDU-FRAKTION  
LANDSCHAFTSVERSAMMLUNG  
RHEINLAND



Die SPD-Fraktion in der  
Landschaftsversammlung  
Rheinland

## Antrag-Nr. 14/210

öffentlich

**Datum:** 09.07.2018  
**Antragsteller:** SPD, CDU

<b>Krankenhausausschuss 3</b>	<b>03.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 2</b>	<b>04.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 4</b>	<b>05.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Krankenhausausschuss 1</b>	<b>06.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Gesundheitsausschuss</b>	<b>07.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Finanz- und Wirtschaftsausschuss</b>	<b>26.09.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsausschuss</b>	<b>01.10.2018</b>	<b>empfehlender Beschluss</b>
<b>Landschaftsversammlung</b>	<b>08.10.2018</b>	<b>Beschluss</b>

### Tagesordnungspunkt:

**Reduzierung von Zwangsmaßnahmen;  
Haushalt 2019**

### Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird gebeten, zu prüfen und zu berichten, wie die verschiedenen erfolgreichen Konzepte und Maßnahmen, die in den LVR-Kliniken zur Reduktion von Zwangsmaßnahmen angewandt werden, zu einem multimodalen Interventionsprogramm des Klinikverbundes gebündelt werden können.

### Begründung:

Auf der Reise des Gesundheitsausschusses nach Baden-Württemberg und in die Schweiz wurde darüber berichtet, dass es zahlreiche Interventionen zur Reduktion von Zwang in Krankenhäusern gibt, von baulichen Maßnahmen über Deeskalationstrainings zu regelmäßigen Risikoeinschätzungen. Untersuchungen hierzu haben ergeben, dass diese und andere Interventionen erst dann nachhaltig zu messbaren Erfolgen bei der Reduktion von Anzahl und Dauer von Zwangsmaßnahmen führen, wenn die verschiedenen erfolgreichen Konzepte zu einem Programm gebündelt werden und verbindlich in die Leitungs- und Organisationsstruktur der Krankenhäuser eingebunden werden (Stichwort: „Sigmaringer Modell“ zur Reduktion von Zwangsmaßnahmen und Gewalt in der Psychiatrie).

Frank Boss

Thomas Böll